

Foto: Schälte

Weide, Stall und Tierfabrik

SPD und Grüne fordern Vorrang für bäuerliche Landwirtschaft vor Großmastanlagen

20. Juli 2011 – Der Landtag blickt von Bratwurst und Bulette zurück auf den Produktionsprozess. Riesige Anlagen mit tausenden von Tieren sind in Niedersachsen keine Seltenheit. Der Trend drohe nach NRW zu schwappen – gegen den Willen der ländlichen Kommunen und zulasten der bäuerlichen Landwirtschaft, warnen SPD und Grüne in einem Antrag und plädieren dafür, dem mit Gesetzesänderungen vorzubeugen (Drs. 15/2357). Alle Fraktionen bekannten sich zum Tierschutz, bewerteten den Antrag aber unterschiedlich.

Das Bauernland gehöre in Bauernhand, argumentierte **Frank Sundermann** (SPD). Er berichtete von Kommunen, die sich gegen Pläne zu Großbetrieben wehrten, aber sie nicht verhindern könnten. Die Mastanlagen veränderten das Landschaftsbild, Bürgerinitiativen verwiesen auf gesundheitsgefährliche Immissionen. Zudem behindere die Zunahme der Großanlagen kleinere bäuerliche Betriebe in ihrer Entwicklung, kritisierte der Münsterländer. Deshalb wolle man nun das Immissionsschutzrecht verschärfen und per Bundesratsinitiative eine Neudefinition von Landwirtschaft anstreben. „Wir möchten“, erklärte er, „einen Dialog beginnen“.

Norwich Rübe (Grüne) beschrieb den Antrag als „bitter notwendig“ und erläuterte die Situation im niedersächsischen Emsland: 30 Millionen Hähnchenmastplätze gebe es, 10 Millionen weitere seien beantragt. Weil man dort den Trend bremsen wolle, drohe er nach NRW zu schwappen. Deshalb gelte es, jetzt regulierend einzugreifen. In den ohnehin schon viehdichtesten Regionen NRWs seien bereits zehn- und hunderttausende neue Mastplätze für Schweine und Geflügel beantragt worden. Man wolle mit immer billigerem Fleisch am Weltmarkt konkurrenzfähig sein. „Nur: Dieses Billigfleisch hat eine teure Kehrseite“, warnte der Landwirt vor möglichen Emissionen dieser Betriebe.

Christina Schulze Föcking (CDU), ebenfalls Landwirtin, vermisste Definitionen für Intensivmast-

anlagen und bäuerliche Landwirtschaft. Auch fehle der wissenschaftliche Beweis, dass große Anlagen Kleinbauern schädeten. Sie wandte sich zudem gegen die Annahme, dass größere Ställe per se schlechter seien als kleinere. Das Wohl der Tiere gelte für beide Varianten, argumentierte sie. Geplante Verschärfungen könnten gerade kleine Betriebe treffen, die das Futter nicht auf ihrem Hof anbauen könnten. Außerdem schwäche jede Regelung, die über EU-Vorgaben hinausgehe, die Wettbewerbsposition der heimischen Landwirtschaft.

„Tierschutz ist ein Schlüsselthema in der Gesellschaft. Das muss sich auch in der praktischen Politik wiederfinden“, erklärte **Kai Abrusatz** (FDP). Der Antrag aber führe zu einem vergifteten Klima. Massentierhaltung könne man nicht pauschal mit Qualzucht gleichsetzen. Tierquälerei komme auf der Basis von krimineller Energie vor, dem sei aber nicht mit Bürokratie beizukommen. Der Abgeordnete wandte sich sowohl gegen einen Blankoscheck als auch gegen apodiktische Verbote für Anlagen und forderte stattdessen differenzierte Lösungsansätze. Eine träumerische Ökolandwirtschaft entspreche jedenfalls nicht der Lebensrealität.

Immer mehr Menschen legten Wert auf artgerechte Tierhaltung, konstatierte **Hamide Akbayir** (Linke). „Für Schweine ist das Leben vor dem Schnitzel aber meist ein Schweineelend.“ Ihre Fraktion betrachte industrielle Tierhaltung

nicht allein als eine Frage des Baugesetzbuchs, sondern als fragwürdiges Ergebnis marktradikalen Denkens und rücksichtsloser Profitmaximierung. Zu mehr Tierschutz von der Geburt bis zum Schlachthof komme man deshalb nur, wenn die Bauern fairere Preise erzielen könnten und Massentierhaltung verboten werde. „Kühe, Schweine und Hühner gehören auf die Weide, nicht in Tierfabriken“, bekräftigte sie.

Die Politik könne sich am Thema nicht vormogeln, erklärte **Landwirtschaftsminister Johannes Rammel** (Grüne). Definitionsfragen halfen bei konkreten Problemen nicht weiter. Unbestritten gebe es in der Gesellschaft eine Diskussion „über den Umgang mit unseren Mitgeschöpfen“. Der Minister hob auf die Perspektive ab, dass zunehmend mit Rohstoffen und Lebensmitteln spekuliert werde. Er stellte die Frage in den Raum, was diese Aussicht für die heimische, weitgehend weltmarktorientierte Landwirtschaft bedeute. Auch er warb dafür, sich mit dem Bau- und Immissionsrecht auseinanderzusetzen – möglichst im Dialog mit den Bauern.

sow

Fachberatung

Im Weiteren soll sich der Landwirtschaftsausschuss mit dem Antrag (Drs. 15/2357) befassen, wahrscheinlich ist zudem eine Expertenanhörung. Der Bauausschuss wird mitberatend tätig, abschließend über den Antrag abstimmen soll der Landwirtschaftsausschuss.